

Lob und Kritik an der privaten Pflege

POLITIK Bei einer Diskussion mit Bundestagskandidaten in der Naab-Residenz war schnell klar, dass die Meinungen weit auseinandergehen.

SCHWANDORF. Der Betreiber der Naab-Residenz Pflegeheim-GmbH, die „almavita group“, hatte kürzlich zu einer Podiumsdiskussion geladen; Personalleiter Alexander Bhatti übernahm vor rund 30 Zuhörern die Moderation. Bereits mit seiner ersten Frage, was die Politik unternehmen werde, um die Marktbedingungen für die private Pflege zu stärken, kam es zu einer längeren Diskussion.

Josef Fries, Frank Aumeier und Tina Winklmann merkten nahezu übereinstimmend an, dass ein sofortiges Maßnahmenpaket notwendig sei, um den Beruf der Pflegefachkraft aufzuwerten. Sie forderten faire Behandlung und einen einheitlichen Tarifvertrag für Pflegekräfte. Karl Holmeier (CSU) bezeichnete es hingegen als gut, dass es den Wettbewerb gebe, während ÖDP-Bewerber Dr. Stefan Scheingraber (Arzt, Theologe) die Forderung aufstellte, dass sich die Wirtschaft der Politik unterwerfen müsse, wobei der zentrale Begriff „Gemeinwohl“ im Vorder-



Diskussionsteilnehmer waren (von links): MdB Karl Holmeier (CSU), Josef Fries (FDP), Dr. Stefan Scheingraber (ÖDP), Frank Aumeier (Freie Wähler), Tina Winklmann (Die Grünen) sowie Joachim Görtz vom Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste.

Foto: smx

grund stehen müsse, nicht aber Profit.

Ein Teilnehmer der Runde stellte fest, dass private Pflegeheimanbieter nur Gewinn machen wollten. Man dürfte „Private“ deswegen aber nicht verteufeln, antwortete Holmeier, es sei eine Selbstverständlichkeit, dass sich die privaten Einrichtungen selbst finanzieren müssten.

Mehrmals wurde die Frage nach der Qualität der Pflegeleistung gestellt, die wichtiger sei als Geld. Die an Moderator Bhatti gestellte Frage, wie viel denn eigentlich eine gute Pflegekraft im Monat verdiene, wollte dieser nicht beantworten; er verwies vielmehr auf andere Aspekte.

ÖDP-Kandidat Dr. Scheingraber verwies ebenfalls auf eine riesige Welle an Pflegebedarf; man brauche deshalb alle Anbieter, egal ob kommunal, kirchlich oder privat. Er plädierte für eine Akademisierung der Pflegekräfte, um eine entsprechend gute Entlohnung zu erzielen.

Die Frage nach einem Einwanderungsgesetz, das den Arbeitsmarkt im Pflegebereich erleichtere, beantworteten die Kandidaten von FDP, FW und Grünen eindeutig mit Ja, während sich der ÖDP-Bewerber dagegen aussprach, weil man damit Pflegekräfte aus anderen Ländern abziehe, die auch dort gebraucht würden. Ein klares Nein kam

FACHKRÄFTE GESUCHT

► **Joachim Görtz** vom Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste informierte, dass Deutschland rasant auf einen Fachkräfteengpass zusteuere; in München fehlten derzeit bereits 4200 Pflegekräfte. Bis 2030 sei mit 3,5 bis vier Millionen Pflegebedürftigen in entsprechenden Einrichtungen zu rechnen. Dann werde es vermutlich rund eine halbe Million Pflegekräfte zu wenig geben.

► **Er forderte zudem**, den Defizit ausgleich der öffentlichen Hand bei kommunalen oder kirchlichen Senioreneinrichtungen zu beenden. Nur so sei ein fairer Wettbewerb möglich. (smx)

von Holmeier; für die CSU komme nur eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt in Frage, die besteuert werden könne. Etliche Besucher meldeten sich zu Wort. Es wurde beklagt, dass man mit Pflegekräften aus dem Ausland wenig anfangen könne, da diese anders ausgebildet würden als in Deutschland. Auch die steigenden bürokratischen Anforderungen, die Papierflut, der die Pflegekräfte ausgesetzt sind, wurde kritisch betrachtet.

Zur Zukunftssicherung im Bereich Pflegefachkräfte wurden Schnupperpraktika, Tage der offenen Tür in Heimen, „anständige Bezahlung“ und Professionalisierung angeregt. (smx)